

Bürgermeister
der
Stadt Eschweiler
Eing.: 01. FEB. 2017

pro
futura

Gemeinnütziger Träger katholischer Tageseinrichtungen
für Kinder in den Regionen Aachen-Land und Aachen-Stadt GmbH

Stadt Eschweiler
Dezernat II
Eingang: 01. FEB. 2017

pro futura GmbH · Lukasstraße 12 · 52070 Aachen

An den Bischof von Aachen
und
An den Oberbürgermeister
bzw. Bürgermeister
der Städte Aachen, Eschweiler,
Herzogenrath und Stolberg

SK

Geschäftsführer Heinz Zohren

Lukasstr. 12
52070 Aachen
Telefon 0241/99 000 96-11
Telefax 0241/99 000 96-20

pro-futura.zohren@bistum-aachen.de
www.pro-futura-aachen.de

Aachen 30. Januar 2017

Versief.
I
et. 1. 10/102
II
11/2
Am

Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder

Sehr geehrter Herr Bischof Dieser!
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Philipp!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister von den Driesch!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Grüttemeier!

pro futura ist 2011 als gemeinnützige GmbH gegründet worden, die katholischen Tageseinrichtungen für Kinder der Kirchengemeinden bzw. Kirchengemeindeverbände zu tragen und zu betreiben, um die Ehrenamtler/innen in den Kirchenvorständen zu entlasten. Die immer komplizierteren gesetzlichen Grundlagen, machten eine Änderung der Struktur notwendig, um den Bestand der katholischen Einrichtungen zu sichern. Im Jahr 2011 sind wir mit sieben Einrichtungen aus Herzogenrath bzw. Aachen gestartet. Seit diesem Kindergartenjahr sind es 30 Einrichtungen aus Aachen (19), Eschweiler (5), Herzogenrath (3) und Stolberg (3). Das schnelle Wachsen von pro futura hatten wir selber nicht erwartet, zeigt aber auf, dass die Gründung von pro futura als sinnvoll und hilfreich angesehen wird.

Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen ist durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) nicht mehr auskömmlich finanziert, das ist schon seit einigen Jahren bekannt und hat sich durch die Tarifierhöhung in diesem Jahr noch einmal deutlich verschärft. Die von der Landesregierung für das laufende Kindergartenjahr beschlossene Erhöhung der Kindpauschalen und die zusätzlichen Zuschüsse gem § 21 Abs.2 KiBiz lösen das Problem nicht.

Im Jahr der Gründung betragen die Personalkosten gemessen an den zur Verfügung stehenden Kindpauschalen ca. 82%, heute sind es rund 92%. Die Kosten zur Überprüfung der Gebäude, der Außenspielbereiche und technischen Ausstattung und deren Instandhaltung werden immer aufwendiger. Mit den nach Abzug der Personalkosten zur Verfügung stehenden Mitteln, sind die Sachkosten nicht zu finanzieren.

Sitz Aachen
Registergericht Aachen
HRB 16862

Vorsitzender Aufsichtsrat Manfred Savelsberg
Geschäftsführer Heinz Zohren

Pax Bank Aachen
IBAN DE76 37060193 1022330060
BIC GENODED1PAX

Bereits im Kindergartenjahr 2015/2016 haben wir für den laufenden Betrieb der Einrichtungen einen sechsstelligen Betrag aus dem Eigenkapital verwenden müssen, um alle Kosten von rd. 13 Millionen ausgleichen zu können. Für das laufende Kindergartenjahr rechnen wir mit einem Betrag von 596.000€, den wir erneut aus dem Eigenkapital entnehmen müssen.

Sollte eine Landesregierung nach den Landtagswahlen im Mai, das KiBiz nicht so ändern, das die Finanzierung auskömmlich ist, wird pro futura die Einrichtungen nicht mehr betreiben können. Darüber hinaus muss sehr bald deutlich werden, wie die Finanzierung zukünftig aussehen wird. Aufgrund unserer Rechtsform als GmbH, muss ich als Geschäftsführer bis zur Aufstellung des Haushaltes 2017/2018 für das nächste Kindergartenjahr eine belastbare Entscheidung haben, die es mir erlaubt den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten.

Unser Eigenkapital reicht nicht mehr aus, über das Kindergartenjahr 2017/2018 ein Defizit in o.g. Höhe auszugleichen.

pro futura hat dieses Problem schon mehrfach mit Vertreter/innen des Bistums und der einzelnen Jugendämter besprochen. In allen Fällen hören wir immer die gleiche Antwort. Sinngemäß: „ Dann muss das Bistum den Zuschuss erhöhen.“ oder „ Das ist Aufgabe der Kommunen, das Bistum stellt schon über 14 Millionen in den Bereich der KiTa´s ein.“ Die Stadt, das Bistum und wir, als freier Träger, müssen unsere Möglichkeiten bündeln, um die wichtige gesellschaftliche Aufgabe sicher zu stellen.

Wir haben großes Verständnis für die finanziellen Engpässe in den Kommunen und wir sind dankbar, dass das Bistum eine wirklich große Summe für die KiTa´s bereit stellt. Wenn es aber bei den Aussagen bleibt, stellt sich sehr bald die Frage, wer die Einrichtungen dann zukünftig betreiben soll, pro futura kann es dann jedenfalls nicht mehr.

Selbstverständlich sind wir zu weitergehenden Gesprächen bereit, in dem wir auf Detailfragen eingehen können. Mir geht es in erster Linie darum, auf die Situation aufmerksam zu machen und einen Apell an Sie zu richten, das aktuelle Problem gemeinsam zu lösen; ich gehe davon aus, dass wir ein gemeinsames Interesse haben. Das Verweisen auf den jeweils anderen Beteiligten hilft pro futura jedenfalls nicht weiter !

Freundliche Grüße



Heinz Zohren - Geschäftsführer

Stadt Eschweiler

Der Bürgermeister

Stadt Eschweiler | Postfach 1328 | 52233 Eschweiler

pro futura GmbH
Herrn
Heinz Zohren
Lukasstraße 12
52070 Aachen

06.02.2017
ls



Dienststelle
Jugendamt

Auskunft erteilt

Herr Termath
Zimmer 249
Telefon 02403/71-275
Fax 02403/60999-397
juergen.termath@eschweiler.de

Ihr Zeichen
Mein Zeichen

Datum 09.02.2017

Finanzierung der Kindertageseinrichtungen Ihr Schreiben vom 30.01.2017

Sehr geehrter Herr Zohren,

die Stadt Eschweiler arbeitet von Beginn an mit der pro futura gGmbH als Träger der aktuell fünf Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet Eschweiler vertrauensvoll und gut zusammen. Im jeweiligen Stadtteil sind diese Einrichtungen ein wertvoller Bestandteil der sozialen Infrastruktur und des Gemeindelebens.

Wie schon in vorangegangenen Gesprächen mit Vertretern unseres Jugendamtes bringen Sie in Ihrem Schreiben zum Ausdruck, dass Sie eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagesstätten über das im Kinderbildungsgesetz NW normierte System schon kurzfristig als nicht mehr gesichert einschätzen. Auch die von der Landesregierung in 2016 vorgenommene Erhöhung der Kindpauschalen, die im Übrigen auch die Kommunen höher belastet hat, ist nach Ihrer Einschätzung nicht geeignet, die Finanzierung der Kindertagesstätten zu sichern.

Diese Position wird in der öffentlichen Diskussion seit geraumer Zeit von der Seite der Freien Träger vertreten und im Wesentlichen auf die Personalkostensteigerungen in den letzten Jahren zurückgeführt. Auch die Landesregierung NW hat die grundlegende Problematik einer auskömmlichen Finanzierung der Kindertagesbetreuung erkannt und angekündigt, durch eine nach der Landtagswahl aufzunehmende Novellierung des Kinderbildungsgesetz NW die öffentlichen und freien Träger weiter zu entlasten. Es ist allerdings nach meinem Kenntnisstand nicht davon auszugehen, dass landesseitig bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2017/2018 belastbare Erkenntnisse für einen erweiterten Finanzrahmen vorliegen.

Grundsätzlich sehe ich das Land, die Kommunen, das Bistum Aachen und die freien Träger in einer gemeinsamen Verantwortung. Die Wahrung der Trägerautonomie ist dabei ein besonderes Gut, dass sich allerdings auch in den Finanzierungsstrukturen abbilden muss. Vor dem Hintergrund der von Ihnen geschilderten Situation der pro futura gGmbH, ist diese Verantwortungsgemeinschaft in der Tat gefordert.

Dienstgebäude
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon-Zentrale 02403/71-0
stadtverwaltung@eschweiler.de

Öffnungszeiten im Rathaus

Montag - Mittwoch und Freitag
8.30 - 12.00 Uhr
Donnerstag
14.00 - 17.45 Uhr

Gläubiger-ID
DE 96 001 000 000 808 85

Bankverbindungen

Sparkasse Aachen
IBAN: DE48 3905 0000 0001 2161 00
BIC: AACSDE33

Commerzbank AG
IBAN: DE11 3708 0040 0170 2816 00
BIC: DRESDEFF370

Postbank Köln
IBAN: DE07 3701 0050 0003 8245 09
BIC: PBNKDEFF

Raiffeisen-Bank Eschweiler
IBAN: DE73 3936 2254 2500 1160 16
BIC: GENODED1RSC

VR-Bank eG
IBAN: DE08 3916 2980 6103 9480 19
BIC: GENODED1WUR

Für die Stadt Eschweiler darf ich aber auch feststellen, dass im laufenden Kindergartenjahr 2016/2017 für zusätzliche Gruppen in Hehlrath und Kinzweiler, sowie für bereit gestellte Überbelegungsplätze, ca. 32.000 € Trägeranteil freiwillig übernommen werden.

Ihr Schreiben verstehe ich vorrangig als Appell an die Landesregierung, die Finanzierung der Kindertagesbetreuung für alle Träger zu verbessern. Dafür habe ich Verständnis, muss aber ebenso klar zum Ausdruck bringen, dass eine evtl. Absenkung der Trägeranteile nicht zu Lasten der kommunalen Anteile führen kann.

Leider ist es mir nicht möglich, Ihnen eine kurzfristige Lösung der wirtschaftlichen Probleme anzubieten, aber ich nehme an, dass das auch nicht Ihre Erwartung war. Ich werde Ihren Brief und meine Antwort auch an die zuständigen Landtagsabgeordneten zur Kenntnis geben, da dies einen Einblick in die reale Situation von örtlichen Trägern in der Kindertagesbetreuung ermöglicht.

Ich bin Ihnen dankbar für Ihr Signal und wünsche mir, dass Sie mich über weiteren Entwicklungen bei der pro futura gGmbH auf dem Laufenden halten, damit wir rechtzeitig – auch gemeinsam mit Vertretern des Bistums - ins Gespräch kommen, bevor Sie möglicherweise gravierende Entscheidungen treffen müssen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

SK. 6/3.

Stefan Kaefer
Beigeordneter und Kämmerer

 06.03.



Stadt Eschweiler
Dezernat II

Eingang: 14. JUNI 2017

pro
futura

Gemeinnütziger Träger katholischer Tageseinrichtungen
für Kinder in den Regionen Aachen-Land und Aachen-Stadt GmbH

pro futura GmbH · Lukasstraße 12 · 52070 Aachen

Bürgermeister
der
Stadt Eschweiler
Eing.: 14. JUNI 2017

AC, den 12. 06. 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe politische Vertreter!

Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und seine Folgen für die Mitarbeiter sind auch nach zwei Revisionen untragbar. Aufgrund der nicht auskömmlichen Refinanzierung der Kosten für Träger von Tageseinrichtungen ist der Personaleinsatz vor Ort meist auf das Minimum beschränkt. Die Belastungsgrenze pädagogischer Mitarbeiterinnen ist lange schon erreicht.

Die Nachricht: Kein KiBiz vor den Landtagswahlen! war für alle enttäuschend. Schließlich hoffte man nach den negativen Folgen des KiBiz auf einen Neustart mit besseren Arbeitsbedingungen, Qualitätssicherung und auskömmlicher Finanzierung. Das neue Gesetz bedarf einer grundlegenden Verbesserung des heutigen Personalschlüssels und ausreichende Finanzierung durch Länder und Bund. Parallel zum KiBiz muss dem stark angestiegenen Fachkräftemangel seitens der verantwortlichen Ministerien NRW entgegengewirkt werden.

Jetzt, nach der Wahl, ist es Zeit noch einmal unseren Standpunkt zu vertreten. Das angehängte Schreiben möchten wir, ergänzt durch die Unterschriftenlisten der Mitarbeiter von pro futura an Sie, als kommunale politische Vertreter senden. Ebenso möchten wir Bischof Dr. Helmut Dieser und Generalvikar Dr. Andreas Frick über die Aktion und das Ergebnis der Unterschriftenaktion informieren. Ebenso finden Pressetermine in den vier Kommunen, in denen Kindertagesstätten unter der Trägerschaft von pro futura sind statt.

mfg
Gabriele Schöbel
[Signature]

SK 2/6
H 151

FK oder FV z. V.
12/14/16

Jugendamt / 51
Eing.: 21 JUNI 2017

14/16
5/10 26
4.

KURZNOTIERT

Flüchtlingshilfe kostet 16 Millionen Euro

Städteregion. Sieben Notunterkünfte im Platz für insgesamt 1103 Flüchtlinge hatte die Städteregion im Herbst 2015 eingerichtet. Sechs konnten Ende April 2016 geschlossen werden, die in Mönchau erst Ende Dezember 2016. Rund 16 Millionen Euro hat die Städteregion für die Flüchtlingshilfe in diesen Notunterkünften ausgegeben. Da es sich um Amtshilfe für die Bezirksregierung handelte, konnte die Städteregion die Kosten mit der Kölner Böttcherie abrechnen. Bis Ende Mai hatte diese laut Dezernent Gregor Jansen rund 14 Millionen Euro an die Städteregion überwiesen. Noch nicht abgerechnet ist die Wiederherichtung der Flüchtlingsunterkunft in Mönchau. Das soll erfolgen, wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind. Dann wird der Politik auch ein Abschlussbericht vorgelegt, kündigt die Verwaltung an. (jg)

23 Teilnehmer bei „Unser Dorf hat Zukunft“

Städteregion. Mit 23 angemeldeten Teilnehmern am diesjährigen Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ wird einmal mehr das große Interesse der Dörfer- und Ortsgemeinschaften in der Städteregion an der bundesweit größten Bürgerinitiative deutlich. Darunter sind allein acht Dörfer aus Simmerath inklusive dem auf europäischer Ebene bereits ausgezeichneten Eichen-scheid. Es ist aber auch gelungen, neue Gemein-schaften zur Teilnahme zu motivieren. Erstmals dabei sind Beggersdorf, Be-gau und Werth. Der Wettbewerb teilt sich wieder in einen Nord- und einen Südtel, so dass am Ende zwei Sieger feststehen, die am Landeswettbewerb 2018 teilnehmen können. Die Jury wird im September die Dörfer be-reiten. Weitere Informationen gibt es bei Andrea Drossard (andrea.drossard@staedteregion-aachen.de, ☎ 0241/5198-2474).

Kurs für Geschwister kranker Kinder

Städteregion. Der Barne Kreis in der Region Aachen bietet den Workshop „Und jetzt komm' ich!“ für Geschwister kranker oder behinderter Kinder an. An-meldungen werden ab sofort entgegengenommen. Kursbe-ginn ist am 13. September. Der Kurs beinhaltet zehn Termine, jeweils mittwochs von 15.30 bis 17.30 Uhr in der Schagenstraße 124 in Aachen. Für Kinder, deren Eltern nicht die Möglichkeit haben, sie zum Kurs zu bringen, wird ein Fahrdienst eingerichtet. Der Workshop bietet den Kindern Raum, sich mit anderen Kindern aus ähnlichen Lebens-situationen auszutauschen, gemeinsam zu basteln, toben und vieles mehr. Das Angebot richtet sich an Kinder im Alter von acht bis zehn Jahren. An-meldung: ☎ 0241/89464480.

Depression: Gespräche für Angehörige

Städteregion. Wenn ein Mensch an einer Depression erkrankt, hat das auch Auswirkungen auf das Leben der Angehörigen. Denn oft ergeben sich für sie Belastungen und viele Fragen. Deshalb bietet das Alexianer Krankenhaus Aachen Angehörigen von Menschen, die an einer Depression erkrankt sind, eine offene Beratung in Einzelgesprächen an. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmer Informationen über das Krankheitsbild und Hilfsangebote. Das kosten-lose Angebot findet statt am Dienstag, 11. Juli, von 18 bis 19 Uhr im Alexianer Krankenhaus (1. Etage, Büro Leve, Allee 11, Becht), Alexianerstr. 33 in Aachen. Anmeldung: ☎ 0241/47701-15641 oder -15642.

KONTAKT

Redaktion Städteregion (montags bis freitags, 10 - 18 Uhr) Jutta Geese, 0241/5191-366 Michael Grubisch, 0241/5101-471 Fax: 0241/5101-360 Mail: staedteregion@zeitungsverlag-aachen.de

Die SPD sieht sich von der Bezirksregierung bestätigt

Städteregionsrat soll Beschluss zur Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende beanstanden. Etschenberg will abwarten.

Städteregion. Hart im Nehmen ist Städteregionsrat Helmut Etschenberg ja: Am Mittwochabend musste er sich überraschend wegen eines Nahebruchs einer Operation unterziehen, gestern Nachmittag bereits leitete er die letzte Sitzung des Städteregionsrates vor der Sommerpause. „Das wollte ich unbedingt“, erklärte er zu Beginn. „Wenn ich an der ein oder anderen Stelle anders als sonst reagiere, ist das vielleicht eine Folge der Nar-kose.“ Aber die Sitzung verlief wie immer. Bei den meisten Tagesord-nungspunkten waren die Positio-nen der Fraktionen und der Ver-waltung aus den Diskussionen in

den vorangegangenen Fachaus-schusssitzungen ohnehin be-kannt, ob beim Thema Überprü-fung des „Strategischen Städte-riens“ im VabW (SPD und Linke) da-gegen, die anderen Fraktionen und die Verwaltung dafür, beim Perso-nalbewirtschaftungskonzept (alle dafür) oder bei der Frage, ob der Vertrag zur finanziellen Unter-stützung des Schulangebots in der Nordifel in Höhe von jährlich 320.000 Euro fristgerecht mit Wir-kung zum 31. Juli 2022 gekündigt werden soll oder nicht (mei, frü-hestens im nächsten Jahr, das Ganze soll noch mal geprüft wer-

den, sagen eigentlich alle, die SPD enthielt sich dennoch der Stimme). In der gestrigen Sitzung wandten die jeweiligen Argumente noch einmal ausgetauscht. Viel Neues gab es nicht. „Erst beim Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen“ wurde es spannend. SPD-Fraktionschef Martin Peters griff das Thema zusätzliche Aufwandsent-schädigung für Ausschussvorsit-zende gemäß Kreisordnung NRW auf. Im April hatte der Städteregionsrat beschlossen, dass kein Vorstand der doppelten Satz erhalten soll. Die SPD stand da-mals auf dem Standpunkt, dies sei

nicht rechtens, Etschenberg müsse diesen Beschluss beanstanden – und habe angekündigt, die Bezirksregierung um Klärung zu bit-ten. Diese hat nun geantwortet – und gibt der SPD recht. Der Be-schluss, alle Ausschussvorsitzen-den pauschal von der zusätzlichen Aufwandsentschädigung auszu-nehmen, widerspreche dem Geset-zeszweck. Außerdem habe kein Ab-wägungsprozess stattgefunden. Der Beschluss sei zu beanstanden. Peters wollte von Etschenberg wissen, ob er das nun tut oder nicht. Erstmals nicht, lässt sich aus der Antwort des Städteregionsrats schließen. Er will abwarten, was

der Landkretstag zu dem Thema sagt, denn die Kreise handhaben das Gesetz sehr unterschiedlich. Außerdem erwartet er von der neuen Landesregierung eine Klar-stellung. Und es stimme nicht, dass der Städteregionsrat bei sei-nem Beschluss keine Abwägung vorgenommen habe, das stehet nur nicht im Protokoll, das ja ein Er-gebnisprotokoll sei. Peters war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er bleibt dabei: Der Beschluss war rechtskräftig, Etschenberg muss ihn beanstanden. Ob die SPD noch einmal die Bezirksregierung ein-schaltet, will sie in den nächsten zwei Wochen entscheiden. (jg)

Katholischer Kita-Träger schlägt Alarm

Pro futura: Mit der derzeitigen Finanzierung der Kindertageseinrichtungen ist kaum noch eine angemessene Betreuung möglich

VON NADINE TOCAY

Städteregion. „Das Kinderbil-dungsgesetz (Kibiz) und seine Fol-gen für die Mitarbeiter sind untrag-bar“, sagt die Mitarbeitervertretung von pro futura. Der gemeinnützige Träger katholischer Tageseinrichtun-gen für Kinder in den Regionen Aachen-Land und Aachen-Stadt beschäftigt rund 450 Mitarbeiter. Um ihren Standpunkt zu unter-mauern, sammelte die Vertretung Unterschriften der Mitarbeiter und sandte sie an die Bürger-meister der Städte sowie an Bischof Dr. Helmut Diesel. Sie fordert eine grundlegende Verbesserung durch eine Gesetzesänderung.

Vakante Stellen

„Wir als Mitarbeiter stoßen an unsere Grenzen“, betont Mitarbei-tervertreterin Gabriele Scholze. Wegen nicht auskömmlicher Refinanzierung der Kosten für die Träger von Kindertageseinrichtungen sei der Personalersatz vor Ort meist auf ein Minimum be-schränkt, durch schlechte Vertre-tungsregelungen und Fachkräftemangel seien vakante Stellen All-tag. „Wir fragen uns: Was können wir irgendwann noch leisten? Die Betreuung der Kinder soll nicht lei-den, aber die Gesundheit der Mit-arbeiter ist auch wichtig“, meint Scholze.

Der Geschäftsführer von pro fu-tura, Heinz Zohren, erklärt den Ur-sprung des Problems: „Wir bekom-men vom Land und der Kommune eine Pauschale pro Kind – für Perso-nal- und Sachkosten. Die Summe, die man erhält, steigt jähr-lich um 1,5 Prozent. Aber die Perso-nalkosten steigen viel schneller an.“ Es sei ein unlohnender Konflikt. Die Mitarbeiter hätten das Geld ja verdient, aber der Träger müsste es auch erhalten, um sie bezahlen zu können, sagt er. 88 Prozent der Kosten für die Kindertagesstätten würden Kommune und Land so-wie Eltern übernehmen (siehe „Drei Fragen an“, bis zu zwölf Pro-zent steuere der jeweilige Träger bei).

Gut 90 Prozent der finanziellen Mittel müssen bei pro futura aktu-ell für die Gehälter des Personals eingepplant werden, erklärt Zohren. „Bedenkt man, dass wir nichts er-



Die Kritik am Kinderbildungsgesetz reißt nicht ab: Die Mitarbeitervertretung des katholischen Trägers pro futura fordert eine bessere finanzielle Ausstattung der Kindertagesstätten und hat Unterschriften gesammelt. Foto: Claudia Götzke/dpa

wirtschaften, ist das unangenehm viel“, meint er. Da die Einnahmen nicht ausreichen, um Personal- und Sachkosten zu finanzieren, entstehe momentan ein jährliches Minus von rund 3000 Euro pro Gruppe. 100 Gruppen trägt pro fu-tura aktuell. Das Defizit beläuft sich somit jährlich auf eine Ge-samtsumme von 300.000 Euro.

Zeitdruck für das Personal

Um das auszugleichen, hat der Träger die Zahl der Arbeitsstunden mancher Mitarbeiter in Leistungs-position reduziert. Am Arbeitspen-dium hat sich im Grunde nichts ge-ändert. Durch diese Maßnahme kann zwar ein Drittel des Defizits aufgefangen werden, es entsteht jedoch ein enormer Zeit-druck für das Personal. Zwei Drittel des Defizits gleicht pro futura

durch Eigenkapital aus. „Den lau-fenden Betrieb aus Eigenkapital zu finanzieren, geht nicht. Irgend-wann ist es aufgebraucht“, unter-scheidet Zohren. Auch die Qualität der Kinderbetreuung könne unter diesen Bedingungen auf Dauer nicht gehalten werden.

Besonders enttäuscht sei man, dass man bisher keine Rückmel-dung seitens der Politik erhalten habe. Auf Nachfrage bei den Kom-munen Herzogenrath, Eschweiler, Stollberg und Aachen erklären die Verwaltungen, dass die zustän-digen Ausschüsse, Abteilungen und Ämter über die Unterschriften-sammlung und die damit einher-gehende Beschwerde informiert seien, sie jedoch keinen Einfluss auf eine Gesetzesänderung neh-men können. Denn das Kinderbil-dungsgesetz (Kibiz) sei ein Landes-gesetz. Man sei für Gespräche öf-

fen und könne die Ängste und Sor-gen der Mitarbeiter nachvollzie-hen, müsse aber im Grunde die Entwicklungen der Landespolitik abwarten.

Im Koalitionsvertrag der neuen CDU-/FDP-Landesregierung heißt es: „Wir werden die strukturelle Unterfinanzierung der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen beseitigen. Dazu werden wir stufenweise zusätzliche Landes-mittel bereitstellen. Darüber hi-naus werden wir schmelztauglich ein Trägerrettungsprogramm reali-sieren.“ Im Rahmen der Neustrukturierung der Finanzierung der Kindertagesbetreuung soll auch die Trägeranteile betrachtet wer-den. „Die Probleme in puncto Ein-setzung sind der Landesregierung also durchaus bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob und wann sich die finanzielle Situation für pro futura und andere freie Träger durch eine Gesetzesänderung verbessern wird.“



Machen sich für eine bessere Finanzierung von Kitas stark: (v.l.) pro futura-Geschäftsführer Heinz Zohren, Gabriele Jöhnen, Verbundleiterin für die drei pro futura-Kitas in Herzogenrath sowie Gabriele Scholze und Sabine Ortmanns von der Mitarbeitervertretung. Foto: Nadine Tocay

DREI FRAGEN AN

Kommunen zahlen freiwillig mehr

► BERND KROTT, Jugendamtsleiter Herzogenrath
Wer oder was ist ein Träger einer Kindertagesstätte?
Krott: Laut § 75 SGB VIII gibt es Träger der Freien Jugendhilfe. Diese müssen unter anderem folgende Voraussetzungen erfüllen: eine Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe ausüben, gemeinnüt-zige Ziele verfolgen, die fachli-chen und personellen Vorausset-zungen erfüllen. Darüber hinaus ist eine formale Anerkennung er-forderlich. Die Kirchen und die großen Wohlfahrtsverbände ha-ben diese Anerkennung in der Re-gel. Kommunen als Träger der öf-fentlichen Jugendhilfe benötigen

keine Anerkennung.
Wie wird eine kommunale Kinder-tagesstätte finanziert?
Krott: Das Finanzierungssystem beruht auf dem Kinderbildungs-gesetz (Kibiz). Eine kommunale Kita muss 21 Prozent des Einrich-tungskosts als Trägeranteil selbst aufbringen und erhält 30 Prozent als kommunalen Zu-schuss. Weitere 30 Prozent steuert das Land Nordrhein-Westfalen bei. Gemäß Kibiz wird ein fiktiver Elternbeitrag von 19 Prozent zu-grunde gelegt (tatsächlich liegt der im Durchschnitt bei rund 15 Prozent, so dass der Anteil, den die Stadt zahlt, mindestens bei 51 Prozent liegt).
Wie wird eine Kindertagesstätte fi-nanzieren, deren Träger nicht die Kommune ist?
Krott: Hier muss man zwischen

verschiedenen Trägern unter-scheiden, wobei allen gemeinsam ist, dass ein fiktiver Elternbeitrag von 19 Prozent zugrundegelegt wird. Elterninitiativen sollen vier Prozent Trägeranteil aufbringen. Sie erhalten einen Landes- und einen Kommunalzuschuss von je-weils 28,5 Prozent. Kirchliche Träger sollen zwölf Prozent Trägeran-teil aufbringen. Der Landeszu-schuss beträgt 32,5 Prozent und der kommunale Zuschuss von 36,5 Prozent. Andere Träger, etwa die Arbeiterwohlfahrt, sol-len neben Prozent Trägeranteil auf-bringen. Sie erhalten einen Lan-des- und einen Kommunalzu-schuss von jeweils 36 Prozent. Tat-sächlich aber zahlen viele Kom-munen wie Herzogenrath freiwillig mehr an die freien Träger, weil sonst die Jugendämter den Rechts-an-spruch auf einen Kita-Platz nicht umsetzen könnten.

Daten zum Kinderbildungsgesetz (Kibiz)

Das Kinderbildungsgesetz trat 2008/09 unter der damaligen CDU/FDP-Landesregierung in Kraft. Mit dem Gesetz sollte ein vereinfachtes finanziell besser kalkulierbares Sys-tem geschaffen werden.
Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2010 wurde das Kibiz mehrfach revidiert. Unter anderem wurde der Personalschlüssel für die U3-Betreuung verbessert und für das letzte

Kindergartenjahr eine Beitragsfrei-haft für Eltern eingeführt. Jetzt soll es wieder Veränderungen geben
Finanziert werden die Kindertages-einrichtungen von Land, Kommu-nen, Trägern und Eltern. Insgesamt fließen in diesen Bereich der früh-kindlichen Bildung jährlich mehr als zwei Milliarden Euro Landesmit-tel, so das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport.